



Nr. 325 | 05.03.2024

## Polen-Analysen

### Frauen auf dem polnischen Arbeitsmarkt

■ ANALYSE		
Debatten um die Erwerbstätigkeit von Frauen in Polen nach 1980		2
Johannes Kleinmann, Wien/Frankfurt (Oder)		
■ STATISTIK		
Die Bevölkerungsentwicklung in Polen		6
Frauen und Männer auf dem polnischen Arbeitsmarkt		8
Frauen und Männer und das Ergebnis der Parlamentswahlen in Polen 2023		12
■ CHRONIK		
20. Februar – 04. März 2024		14

## Debatten um die Erwerbstätigkeit von Frauen in Polen nach 1980

Johannes Kleinmann, Wien/Frankfurt (Oder)

DOI: 10.31205/PA.325.01

### Zusammenfassung

Die politische Debatte in Polen war in den vergangenen Jahren vielfach von geschlechterpolitischen Themen wie dem Recht auf Schwangerschaftsabbruch geprägt. Sozioökonomische Aspekte wie die Tatsache, dass polnische Frauen nach wie vor eine geringere Erwerbsquote aufweisen als im Jahr 1990, sind hingegen kaum Teil des öffentlichen Diskurses. Dabei sind sie ebenso Ergebnis einer politischen Debatte wie einer Sozialpolitik, die aus ideologischen oder finanzpolitischen Gründen an der Trennung von Care- und Erwerbsarbeit anhand von Geschlechtergrenzen festhält.

Als die ersten Auswertungen der Parlamentswahl 2023 in Polen vorlagen, wurde deutlich, dass vor allem unter (jungen) Frauen die Wahlbeteiligung massiv gestiegen war. Diese hatten deutlich überdurchschnittlich für die Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO), Die Linke (Lewica) und Dritter Weg (Trzecia Droga – TD) gestimmt, womit es nicht zuletzt Polinnen waren, die den Regierungswechsel ermöglicht hatten (siehe Grafik im Anhang). Insbesondere das geltende fast völlige Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen hatte dabei im Vorfeld zu einer massiven Mobilisierung dieser Gruppe geführt. Themen wie das Recht auf Schwangerschaftsabbruch, aber auch Diskussionen um die Bedeutung von Mutterschaft oder Geschlechterrollen *per se* haben bereits seit dem Ende der Volksrepublik einen festen Platz im politischen Diskurs Polens, sichtbar nicht zuletzt in den Sitzungen des Sejm. Gerade dort entwickelte sich die Debatte diesbezüglich allerdings nur wenig weiter – die vorgetragenen Argumente wirk(t)en nicht selten wie der ewig gleiche Ton einer gesprungenen Schallplatte. Zugleich fällt auf, dass sozioökonomische Aspekte des sogenannten Transformationsprozesses im polnischen Parlament nur selten explizit diskutiert wurden. Die Frage, inwieweit Geschlecht zum »Platzanweiser« in der im Entstehen begriffenen Marktgesellschaft wurde, stand zu keinem Zeitpunkt auf der Agenda des Sejm. Dem Thema der Erwerbstätigkeit wohnt(e) eine solche Geschlechterdimension inne, wobei vor allem die Frage, welche Rolle (Care-)Arbeit für Frauen spielen sollte, im polnischen Parlament immer wieder verhandelt wurde. In der Mehrheit der Fälle geschah dies jedoch nur indirekt im Zuge von Debatten über Kinderbetreuung, Familie oder den bereits erwähnten Schwangerschaftsabbruch.

Zugleich stellten die Jahre 1989/90 keine fundamentale Zäsur dar; vielmehr waren viele geschlechterpolitische Entwicklungen nach dem Ende der Volksrepublik in ihren Grundzügen bereits in den 1980er Jahren angelegt. Deshalb blickt dieser Beitrag zurück in das letzte

Jahrzehnt der Volksrepublik, um anhand politischer Debatten innerhalb der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (Polska Zjednoczona Partia Robotnicza – PZPR) vor sowie des Sejm nach 1989 zu zeigen, dass gerade die Aushandlung von Geschlechterrollen über den Systemwechsel hinweg von vielen Kontinuitäten geprägt war.

### Emanzipation durch Erwerbstätigkeit in der Volksrepublik Polen?

Offiziell garantierte die Verfassung der Volksrepublik Polen gleiche Rechte für Frauen und Männer, insbesondere im Bereich der Arbeit, zumal die Idee einer Emanzipation durch Arbeit ein Kernelement sozialistischer Überzeugungen darstellte. Dies galt zu Beginn auch für die Volksrepublik Polen, obgleich die meisten Führungskader der PZPR keineswegs von der Abkehr von einer vermeintlich natürlichen Geschlechterordnung überzeugt waren.

Bereits die letzten beiden Jahrzehnte der Volksrepublik Polen, insbesondere aber die letzte Dekade waren von einer zunehmenden Retraditionalisierung von Geschlechterrollen geprägt. Frauen war primär die Mutterrolle als Identität zugeordnet, die vonseiten der PZPR – ganz in der Tradition des »Matka-Polka-Mythos« – vor allem für die »patriotische Erziehung« der Kinder verantwortlich gemacht wurden. Begründet wurde dies mit dem Schutz der Mütter sowie mit den besonderen Vorzügen einer häuslichen Erziehung für die Kinder. Nach der Verhängung des Kriegsrechts im Dezember 1981 erhielt die Rhetorik der PZPR eine zunehmend nationalkonservative Färbung, insbesondere die Frage der Geschlechterordnung. Auch war während des Kriegsrechts seitens des Militärrats zur Nationalen Rettung (Wojskowa Rada Ocalenia Narodowego – WRON) von »Emanzipation durch Arbeit« keine Rede mehr. Vielmehr wurde die ideologische, politische und ökonomische Krise der Volksrepublik der 1980er Jahre auch als Krise der Geschlechterordnung gedeutet. Die Lösung selbiger lag für viele politische Akteure in einer Rückbesinnung auf tradi-

tionelle Geschlechterrollen und die »klassische« Familie. Unterstützt wurden diese Argumente sozialpolitisch durch einen Ausbau von Mutterschutzmaßnahmen und ein Erziehungsgeld, das bis zu drei Jahre nach der Geburt als Lohnfortzahlung diente. Zeitgleich verabschiedete sich die Volksrepublik zunehmend aus der staatlichen Kinderbetreuung, insbesondere für unter Dreijährige – ganz im Gegensatz zu anderen sozialistischen Staaten wie der DDR. Die Folge war, dass bereits in den späten 1980er Jahren nur vier bis fünf von 100 Kindern unter drei Jahren einen Betreuungsplatz in staatlichen Einrichtungen hatten. Damit lag die Volksrepublik deutlich näher an der im Hinblick auf Kinderbetreuung äußerst konservativen Bundesrepublik – mit ca. zwei Plätzen auf 100 Kinder – als an der DDR, wo es für rund 80 Prozent aller Kinder dieser Alterskohorte einen Betreuungsplatz gab. Allerdings lagen dieser konservativen Wende vonseiten des Staates bzw. der Partei weniger die Sorge um »die Frauen« zugrunde als vielmehr ganz handfeste politische Interessen. Einerseits versuchte die PZPR mit dieser Politik (teilweise erfolgreich) Brücken zur Opposition rund um die Solidarność sowie zur katholischen Kirche zu bauen. Vor allem Letztere hatte nach der Ernennung Karol Wojtyłas zum Papst deutlich an Einfluss gewonnen und in der Folge immer offensiver auf eine Abkehr vom »Irrweg« der Frauenemanzipation gedrungen, da diese die »heilige« Rolle der Frau als Mutter in Frage stelle. In der Solidarność-Gewerkschaft gewannen konservative Geschlechternarrative ebenso an Einfluss, und auch wenn es dort durchaus progressive Kräfte gab, wurden diese in geschlechterpolitischen Fragestellungen schnell an den Rand gedrängt. Ferner war die »Frauenfrage« angesichts der vermeintlichen Emanzipation und Bevorzugung von Frauen durch das Regime in den Augen vieler Oppositioneller diskreditiert: Polinnen galten aufgrund der vielen familienpolitischen Leistungen als Nutznießerinnen und damit als Verbündete des sozialistischen Staates. In dieser Lesart liegt auch die Gleichsetzung von Kommunismus und Feminismus durch konservative Kreise der Gewerkschaft begründet; ein Argument, das vor allem in den 1990er Jahren an Einfluss gewann und genutzt wurde, um Forderungen nach Gleichberechtigung zu diskreditieren. Andererseits steckte die Volksrepublik bereits seit Ende der 1970er Jahre in einer tiefen ökonomischen Krise, so dass der massive Ausbau des Mutterschutzes sowie des sogenannten Erziehungsgeldes auch dazu dienen sollten, die Erwerbsbeteiligung von Frauen zu senken – was in beschränktem Maße auch gelang –, um damit den Arbeitsmarkt zu entlasten.

### **Geschlecht als Platzanweiser im Transformationsprozess**

Ein Blick in die frühen 1990er Jahre zeigt, dass sich der Diskurs, der Frauen primär für die Kindererzie-

hung verantwortlich machte, verstärkte und zugleich ausdifferenzierte. In den politischen Debatten des Sejm machten viele der Abgeordneten (insbesondere solche, die dem rechten Flügel der Solidarność zuzurechnen waren) keinen Hehl daraus, dass sie sich in Bezug auf den Arbeitsmarkt eine Wiederkehr der »natürlichen Geschlechterordnung« wünschten. Gemeint war damit die Aufteilung in eine weibliche Sphäre, die Care-Arbeit beinhaltete, und eine männliche Sphäre, nämlich die Erwerbsarbeit. Es ist erstaunlich, mit welcher Vehemenz viele der Abgeordneten darauf beharrten, dass nur Mütter sich richtig um Kinder kümmern könnten und öffentliche Betreuungseinrichtungen für fast alle Übel der Welt verantwortlich seien. Väter kamen in diesen Debatten hingegen schlichtweg nicht vor. Vielfach war gerade diese Abkehr von der vermeintlich »verweiblichten« Volksrepublik für viele nationalkatholisch orientierte Politiker:innen konstitutiv für den neuen Staat, da in der Ablehnung der sinnbildlichen Traktoristinnen der Kern dessen lag, was sie sich für die postsozialistische polnische Gesellschaft erhofften.

Im liberalen und linken Spektrum wurde hingegen weiterhin am Ideal der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt festgehalten, wobei auch hier die Vorstellung vorherrschte, dass vor allem Frauen für die Kindererziehung verantwortlich seien. In der Konsequenz bedeutete dies angesichts fehlender oder teurer Kinderbetreuung faktisch eine massive Doppelbelastung. Das Versprechen des neoliberalen Systems, dass auch Frauen die Möglichkeit zum Aufstieg und zur freien Entfaltung in der Arbeitswelt hätten, erwies sich oft genug als Falle. Auf diese Weise wurde Care-Arbeit im politischen Diskurs weiterhin fast vollständig als »natürliche« Aufgabe der Frau konstruiert. Damit ging ein massiver Rückgang von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren wie auch für unter Sechsjährige einher; insbesondere auf dem Land brach die Versorgung fast völlig zusammen. Dieser Rückbau wurde nach dem Ende der Volksrepublik von allen Regierungen forciert bzw. in Kauf genommen, sei es aus ideologischen oder finanzpolitischen Gründen. Folglich stand in der Regel nur gut ausgebildeten Großstädterinnen die Möglichkeit zu einer »Karriere« offen. Viele andere Frauen waren von einer massiven Benachteiligung betroffen und trugen die Hauptlast des Systemwechsels. Polinnen waren nicht nur dadurch benachteiligt, dass sie in der Regel die Kinderbetreuung übernahmen; auch auf dem Arbeitsmarkt wurden sie direkt diskriminiert – so war zu Beginn der 1990er Jahre ein Großteil der Stellen explizit für Männer ausgeschrieben. Diese Praxis geschlechterspezifischer Stellenangebote rührte noch aus der Volksrepublik und sollte erst Mitte der 1990er Jahre geändert werden. Aber auch rechtlich wurden Polinnen anders behandelt. Auffällig ist, dass diese Ungleichbehandlung von Frauen

und Männern im Bereich der Arbeit – vor wie nach dem Ende der Volksrepublik – meist mit dem Schutz von Frauen begründet wurde: welche Berufe für Frauen erlaubt werden sollten oder nicht, weshalb das Renteneintrittsalter für Frauen um fünf Jahr niedriger lag oder der Mutterschutz ausgeweitet wurde. Diese Argumente waren dabei nicht selten vorgeschoben. So zeigt sich, dass oft nicht unbedingt schwerere Arbeit, sondern der Zugang zu besser bezahlter Arbeit für Frauen verschlossen war und sowohl die Ausweitung des Mutterschutzes als auch das frühere Renteneintrittsalter von Frauen vor allem einen funktionalen Charakter für den Staat hatten. Care-Arbeit durch Mütter oder Großmütter anstatt durch staatliche Betreuungseinrichtungen sparte Geld und trug zur »Lösung« des Überangebots an Arbeitskräften bei. Zugleich wurden die sozialen Folgen dieser vermeintlichen Privilegierung von Frauen – so die Behauptung – kaum aufgefangen. Diese waren schlechtere Karrierechancen und Bezahlung, Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt sowie niedrigere Renten und nicht zuletzt die massive ökonomische Abhängigkeit von ihren Partnern. Vor allem in der sogenannten Transformationskrise in den 1990er Jahren, als der konservative Diskurs auf massive soziale Kürzungen und eine hohe Arbeitslosigkeit traf, wurden diese »Vorteile« häufig zu »Nachteilen«.

### Den Preis zahlen die Polinnen

Die Auswirkungen dieses Geschlechterdiskurses und der seitens des Staates implementierten Geschlechterpolitik waren enorm. Die Erwerbstätigkeit von Frauen ist bis zum heutigen Tag niedriger als 1990 – ganz im Gegensatz zum europäischen Durchschnitt und zu anderen Transformationsstaaten wie der Tschechischen Republik. Vom einstigen Vorreiter bei der Einbeziehung von Frauen in den Erwerbsmarkt wurde Polen zum Nachzügler. Bereits ab 1980 ist ein leicht negativer Trend bei der Frauenerwerbstätigkeit zu beobachten, der sich nach 1989/90 massiv verstärkte. Der Systemwechsel wirkte sich also keineswegs »neutral« auf Polinnen aus, sondern vielmehr waren diese überdurchschnittlich von Kürzungen und einem zunehmend konservativen Diskurs betroffen. Aber auch innerhalb der Gruppe der Frauen lassen sich zunehmende Unterschiede ausmachen. Im Zuge des Systemwechsels stieg vor allem die Erwerbsquote von Frauen mit Hochschulabschluss und vielfach gutem Einkommen stark an, was eine niedrige Arbeitslosenquote und ein weitgehendes Aufschließen zum Gehalt der Männer zur Folge hatte. Deutlich schlechter sah es in der Gruppe mit Primärbildung aus, die unter starker Arbeitslosigkeit litt, wobei in dieser Gruppe Frauen wie Männer gleichermaßen betroffen waren. Den größten Geschlechterunterschied gab und gibt es in der »Mitte«. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen mit einer Berufsaus-

bildung oder einem mittleren Bildungsabschluss sank massiv ab; zudem waren Frauen hier weit überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen. Insgesamt aber lag bzw. liegt die Arbeitslosigkeit von Polinnen seit 1990 immer über der von Polen (siehe zum Vorangegangenen auch die Grafiken im Anhang).

Das bedeutet allerdings nicht, dass sich seit den 1990er Jahren nichts geändert hätte. Auf rechtlicher Ebene erzwang spätestens der EU-Beitritt 2004 die weitgehende Gleichstellung der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt. Dabei ist zu beobachten, dass viele dieser »Gleichstellungsthemen« im Sejm kaum als positive Errungenschaften diskutiert, sondern verabschiedet wurden, um den Vorgaben des *Acquis communautaire* der Europäischen Union zu genügen. Dies ist sicherlich einer der Gründe dafür, dass gerade in Bereichen wie Geschlechtergerechtigkeit viele Hoffnungen und Ängste auf die Europäische Union projiziert werden.

Ferner stieg der Anteil von Frauen im Sejm von unter 10 Prozent im Jahr 1991 auf mittlerweile rund 30 Prozent an (siehe Grafik im Anhang), was allerdings nichts daran änderte, dass kaum über sozioökonomische Ungleichheit zwischen den Geschlechtern gesprochen wurde. Vielmehr waren und sind Debatten um Mutterschaft und Schwangerschaftsabbruch nach wie vor diskursprägend. Dies gilt beispielsweise für die Diskussion um das Erziehungsgeld »Familie 500 plus« (Rodzina 500 plus), das 2016 die Regierung von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) eingeführt hat und auch von der neuen Regierung unter Donald Tusk beibehalten wird. Ohne dieses bewerten zu wollen, fällt auf, wo die Prioritäten liegen: in der häuslichen Betreuung, nicht aber im Ausbau von Betreuungseinrichtungen.

### Polinnen in der Europäischen Union – neue Chancen und alte Debatten

Die polnische Zivilgesellschaft war und ist in geschlechterpolitischen Fragestellungen deutlich progressiver als die sie repräsentierenden Sejmabgeordneten. Vor allem nach 2000 bildeten sich immer mehr feministische Gruppierungen, die Gleichberechtigung einforderten – sinnbildlich dafür steht das 2001 in Warschau erschienene Buch *Świat bez kobiet. Płeć w polskim życiu publicznym* [Eine Welt ohne Frauen. Geschlecht im polnischen öffentlichen Leben] von Agnieszka Graff. Diese Gruppen forderten eine stärkere politische Beteiligung sowie ein Ende der Diskriminierung von Frauen und zunehmend auch eine gerechtere Verteilung der Care-Arbeit. Gleichzeitig waren diese Gruppen vielfach einem liberalen Feminismus verhaftet, der eher akademisch blieb und ökonomische Ungleichheit, Fragen von Stadt und Land usw. oft vernachlässigte. Dies hat sich im letzten Jahrzehnt geändert. In der Wissenschaft plädierten Forscherinnen wie Agnieszka Mrozik oder Kristen

Ghodsee für eine stärkere Berücksichtigung sozioökonomischer Unterschiede und damit einhergehend für eine Rückbesinnung auf positive Errungenschaften der Volksrepublik (sowie eine explizit polnisch-feministische Traditionslinie) im Hinblick auf Geschlechtergerechtigkeit. Andere wie Éva Fodor oder Nanette Funk weisen dies zurück und sehen im Staatssozialismus ostmitteleuropäischer Prägung keine emanzipatorischen Ansätze. Aus historischer Perspektive spricht einiges dafür, keine Schwarz-Weiß-Bilder zu malen; vielmehr erscheint es sinnvoll, beide Systeme vorurteilsfrei in ihren Errungenschaften und Defiziten zu analysieren. Dabei werden jeweils emanzipatorische Ansätze deutlich und zugleich zeigt sich, dass sowohl die PZPR wie auch alle Regierungen nach 1989/90 Geschlechterpolitik nach machtpolitischen Überlegungen zu ihrem Vorteil nutzen. Die Vergeschlechtlichung von Arbeit, die Aufteilung in (unbezahlte) Care- und bezahlte Erwerbsarbeit war und ist immer auch ein Herrschaftsinstrument. Insofern lohnt es sich, den Systemwechsel aus einer geschlechtergeschichtlichen Perspektive zu betrachten und neben Unterschieden bestehende Kontinuitäten aufzuzeigen.

Abseits der Wissenschaft werden ebenfalls neue Ansätze gesucht. Insbesondere mit dem Czarny Protest (»Schwarzer Protest«) ab dem 3. Oktober 2016 erfuhren feministische Überzeugungen in Polen eine neue Breitenwirkung. In allen polnischen Großstädten, aber auch in kleineren Gemeinden und im Ausland demonstrieren Pol:innen in schwarzer Kleidung und mit Kleiderbügeln, um auf die Zehntausende illegaler Abtreibungen und deren häufig lebensbedrohliche Konsequenzen für Frauen aufmerksam zu machen. Gerade der politische Einfluss der katholischen Kirche wurde im Zuge dessen erstmals offensiv und radikal herausgefordert, etwa wenn Aktivist:innen während Messen die Rechte von Frauen einforderten.

Auf den ersten Blick hatten diese Proteste wenig mit Erwerbstätigkeit zu tun, auf den zweiten hingegen sehr viel. Sie hinterfragten vermeintlich traditionelle Geschlechterrollen und Narrative, sie zwangen die Politik, sich geschlechterpolitischen Problemen zu stellen, und verbanden diese zunehmend mit Fragen der sozioökonomischen Auf- und Abwertungen anhand von Geschlecht. Dabei spielte gerade die Politik der PiS nach 2015 eine entscheidende Rolle, zumal sie eine neue außerparlamente-

rische Opposition entstehen ließ, eine Verbreitung feministischer Ideen nach sich zog und Parteien wie die Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), die sich in geschlechterpolitischen Fragen gerne »neutral« gegeben hatten, zu einer Positionierung zwang. Zudem radikalisierte und mobilisierte gerade die Aggressivität der PiS-Politik die Protestbewegung. Schließlich zeigte die PiS aber auch, dass – entgegen den Beteuerungen vorheriger Regierungen – Geld für sozialpolitische Maßnahmen vorhanden war und diese keinesfalls den sofortigen Staatsbankrott bedeuteten, womit sie einen neuen Möglichkeitsrahmen schuf, auch für progressive sozialpolitische Maßnahmen.

### Ausblick

Die Proteste der Pol:innen haben in den vergangenen Jahren viel erreicht. Mit der neuen Regierung aus KO, Dritter Weg und Die Linke verbinden viele Pol:innen nun die Hoffnung auf einen Neuanfang. Und doch wird sich zeigen müssen, ob auch im geschlechterpolitischen Bereich fundamentale Veränderungen möglich sein werden. Dass diesbezüglich innerhalb der neuen Koalition keine völlige Einigkeit herrscht, beginnt sich bereits beim Thema Schwangerschaftsabbruch abzuzeichnen. Zudem bleibt fraglich, ob es beispielsweise gelingen kann, eine Wende in der öffentlichen Kinderbetreuung zu erwirken. Entscheidend wird sein, ob der an nationalkatholischen Überzeugungen orientierten Sozialpolitik der PiS eine progressive Alternative entgegengesetzt werden kann.

Schließlich bleibt festzuhalten, dass beispielsweise die Erwerbsquote von Polinnen noch immer nicht den Stand von 1990 erreicht hat und sich der Gender-Pay-Gap in Polen seit einigen Jahren nicht mehr verkleinert. Auch zur gerechteren Verteilung von Care-Arbeit scheint es (wie fast überall) noch ein langer Weg zu sein. Was allerdings hoffnungsvoll stimmt, ist die in den letzten Jahren entstandene Bewegung, die sich aus den Debatten der 1990er Jahre gelöst hat und auch in geschlechterpolitischen Fragestellungen konkrete Antworten auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts verlangt. Neue Perspektiven – vor allem aus der queeren Community, von Migrant:innen aus der Ukraine, die besonders von prekären Arbeitsbedingungen betroffen sind, aber auch von Landbewohner:innen – können so in den politischen Diskurs aufgenommen werden und ihn bereichern.

### Über den Autor

Johannes Kleinmann (M.A./M.Sc.) ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Viadrina Center of Polish and Ukrainian Studies (VCPUS) in Frankfurt (Oder). Seit 2020 promoviert er dort sowie im Rahmen einer Cotutelle de thèse am Research Center for the History of Transformations (RECET) in Wien zur polnischen Geschlechtergeschichte nach 1980. Publikation: Kleinmann, Johannes: Die Geschlechterpolitik der Volksrepublik Polen und ihre Auswirkungen in der langen Zeit der Transformation, in: Flade, Falk; Steinkamp, Anna M.; Walerski, Konrad (Hrsg.): Transformation in Polen und Ostdeutschland. Voraussetzungen, Verlauf und Ergebnisse, (Interdisciplinary Polish Studies 11) Wiesbaden 2022, S. 255–268.



Weiterführende Literatur:

- Bluhm, Katharina et al.: Gender and Power in Eastern Europe. Changing Concepts of Femininity and Masculinity in Power Relations, Cham 2021.
- Fidelis, Małgorzata: Women, Communism, and Industrialization in Postwar Poland, New York 2010.
- Fuszara, Małgorzata: Hat sich etwas verändert? Geschlechtergerechtigkeit in Polen nach 1989, in: *L'Homme. Z. F. G.* Vol. 28 (1/2017), S. 51–70.

STATISTIK

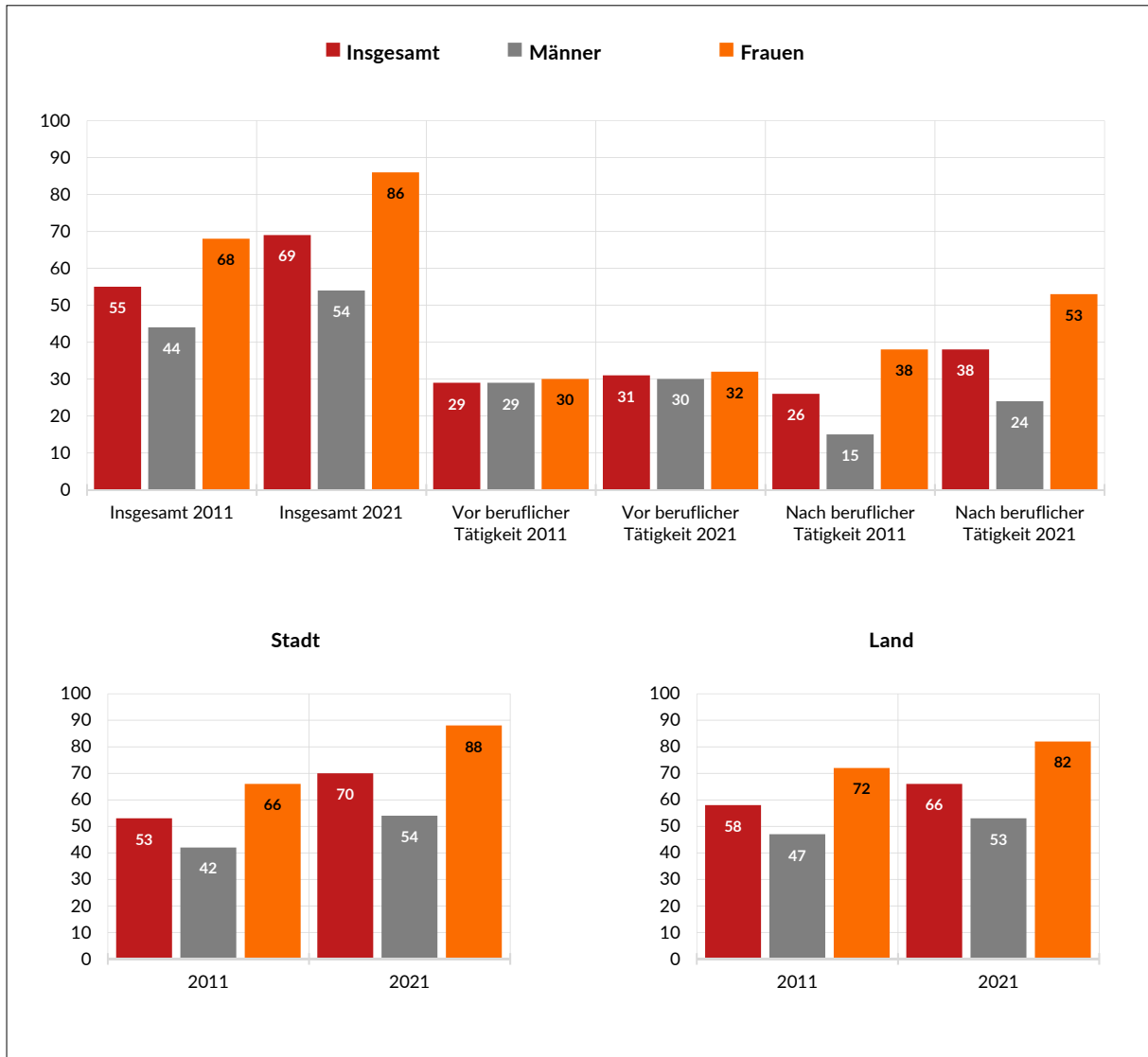
## Die Bevölkerungsentwicklung in Polen

Grafik 1: Bevölkerungsentwicklung nach Geschlecht, 2011 und 2021



Quelle: Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt]: Narodowy Spis Powszechny Ludności i Mieszkań 2021. Ludność. Stan i struktura demograficzno-społeczna w świetle wyników NSP 2021 [Die Nationale Volks- und Wohnraumzählung 2021. Bevölkerung. Demografisch-sozialer Stand und Struktur auf Grundlage der Nationalen Zählung 2021]. Warszawa 2023. [www.stat.gov.pl](http://www.stat.gov.pl)

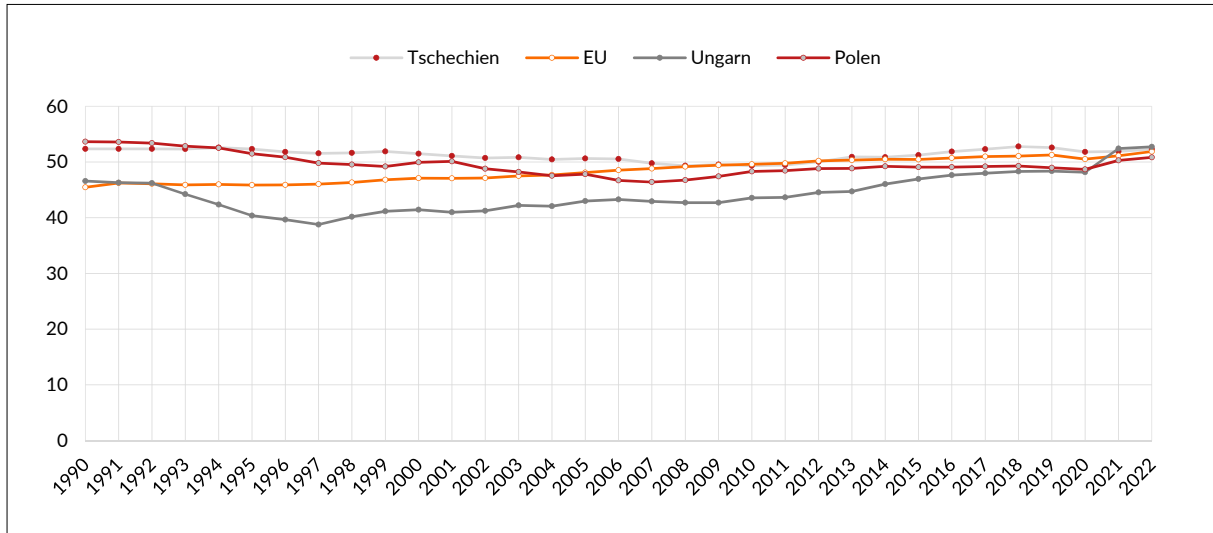
**Grafik 2: Bevölkerung im nicht berufstätigen Alter pro 100 Personen im berufstätigen Alter (nach Geschlecht, 2011 und 2021, in %)**



Quelle: Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt]: Narodowy Spis Powszechny Ludności i Mieszkań 2021. Ludność. Stan i struktura demograficzno-społeczna w świetle wyników NSP 2021 [Die Nationale Volks- und Wohnraumzählung 2021. Bevölkerung. Demografisch-sozialer Stand und Struktur auf Grundlage der Nationalen Zählung 2021]. Warszawa 2023. [www.stat.gov.pl](http://www.stat.gov.pl)

## Frauen und Männer auf dem polnischen Arbeitsmarkt

Grafik 1: Erwerbsbeteiligung der Frauen (% der weiblichen Bevölkerung im Alter von 15 Jahren und älter\*)



	Tschechien	EU	Ungarn	Polen
1990	52,34	45,46	46,59	53,65
1991	52,35	46,24	46,30	53,60
1992	52,34	46,09	46,19	53,38
1993	52,34	45,90	44,24	52,85
1994	52,58	45,97	42,35	52,53
1995	52,33	45,87	40,37	51,48
1996	51,82	45,88	39,66	50,87
1997	51,55	46,05	38,78	49,81
1998	51,65	46,32	40,19	49,55
1999	51,90	46,81	41,14	49,21
2000	51,50	47,09	41,44	49,95
2001	51,09	47,08	40,99	50,12
2002	50,73	47,13	41,23	48,81
2003	50,83	47,51	42,22	48,22
2004	50,46	47,67	42,07	47,52
2005	50,64	48,12	42,99	47,83
2006	50,54	48,53	43,28	46,69

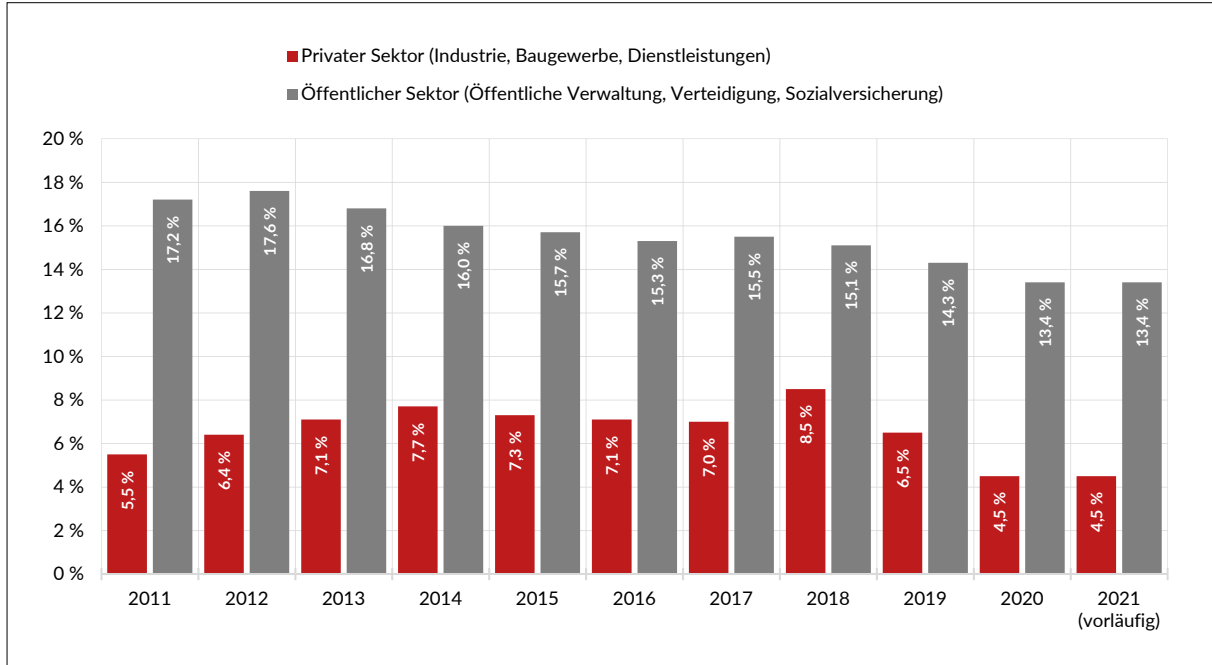
	Tschechien	EU	Ungarn	Polen
2007	49,76	48,82	42,92	46,40
2008	49,33	49,18	42,70	46,75
2009	49,55	49,44	42,71	47,41
2010	49,33	49,60	43,56	48,30
2011	49,47	49,78	43,65	48,44
2012	50,04	50,21	44,55	48,83
2013	50,92	50,35	44,71	48,84
2014	50,86	50,47	46,05	49,22
2015	51,24	50,45	46,95	49,08
2016	51,86	50,72	47,63	49,09
2017	52,29	50,96	47,98	49,20
2018	52,78	51,06	48,31	49,27
2019	52,58	51,27	48,37	48,98
2020	51,82	50,50	48,16	48,69
2021	51,89	51,13	52,41	50,28
2022	52,30	51,88	52,74	50,85

\* Anm.: Die Erwerbsbeteiligungsquote ist der Anteil der Bevölkerung ab 15 Jahre, der wirtschaftlich aktiv ist, d. h. alle Menschen, die Arbeitskraft für die Produktion von Gütern und Dienstleistungen in einer bestimmten Zeitspanne stellen.

Quelle: International Labour Organization, ILO (Hrsg): Labor force participation rate, female (% of female population ages 15+) (modeled ILO estimate). URL: [https://www.ilo.org/shinyapps/bulkexplorer45/?lang=en&id=EMP\\_TEMP\\_SEX\\_AGE\\_JOB\\_NB\\_A](https://www.ilo.org/shinyapps/bulkexplorer45/?lang=en&id=EMP_TEMP_SEX_AGE_JOB_NB_A) (abgerufen: 29.02.2024).



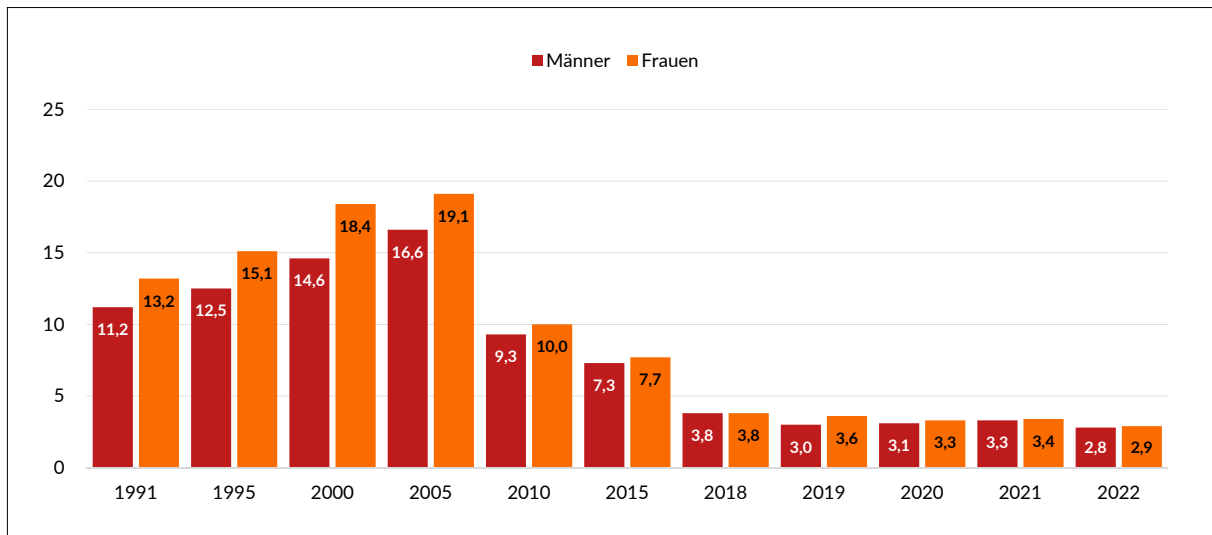
**Grafik 2: Geschlechtsspezifischer Lohnunterschied (Gender Pay Gap), 2011–2021, in Prozent des durchschnittlichen Bruttostundenverdienstes der Männer**



Anm.: Diese Statistik zeigt den unbereinigten Gender Pay Gap, d. h. den geschlechtsspezifischen Lohnunterschied ohne Anpassungen zwischen Männern und Frauen in Polen von 2011 bis 2021 (in Prozent des durchschnittlichen Bruttostundenverdienstes der Männer) im privaten und im öffentlichen Sektor. Laut Quelle kann ein Teil der Einkommensunterschiede durch individuelle Merkmale von erwerbstätigen Männern und Frauen sowie durch sektorale und berufliche Geschlechterunterschiede erklärt werden.

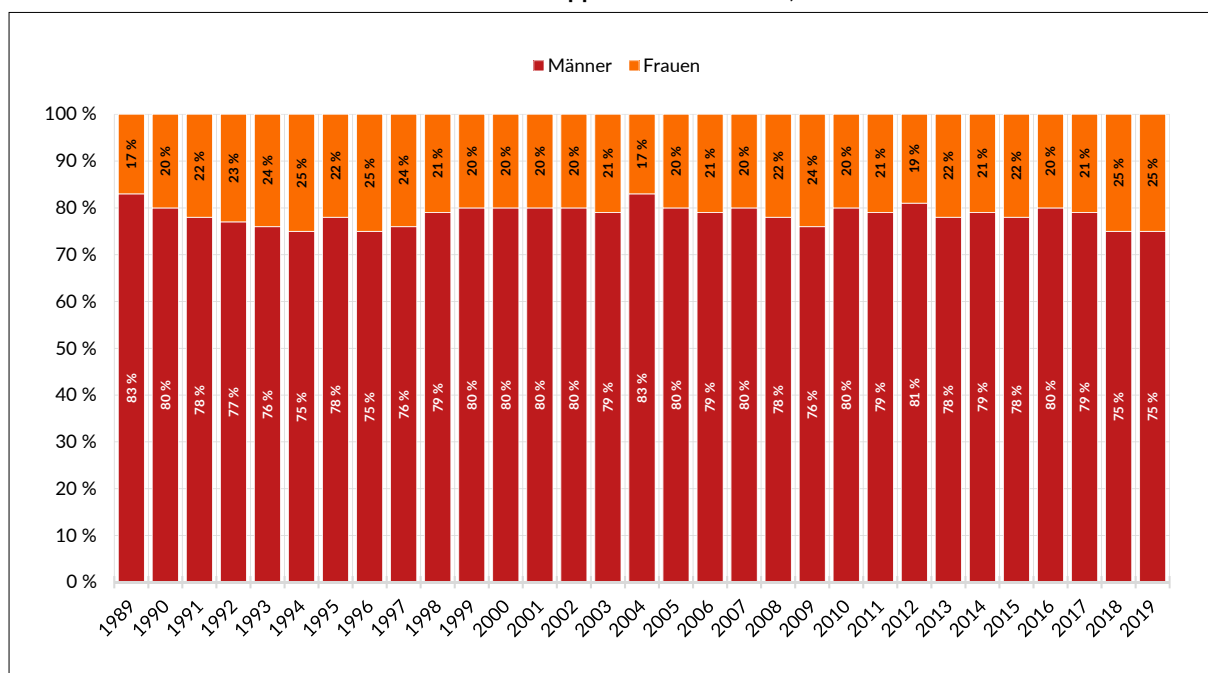
Quelle: Statista 2024. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/780105/umfrage/gender-pay-gap-in-polen/> (abgerufen am 29.02.2024).

**Grafik 3: Arbeitslosenquote nach Geschlecht (1991–2022, ausgewählte Jahre, %)**



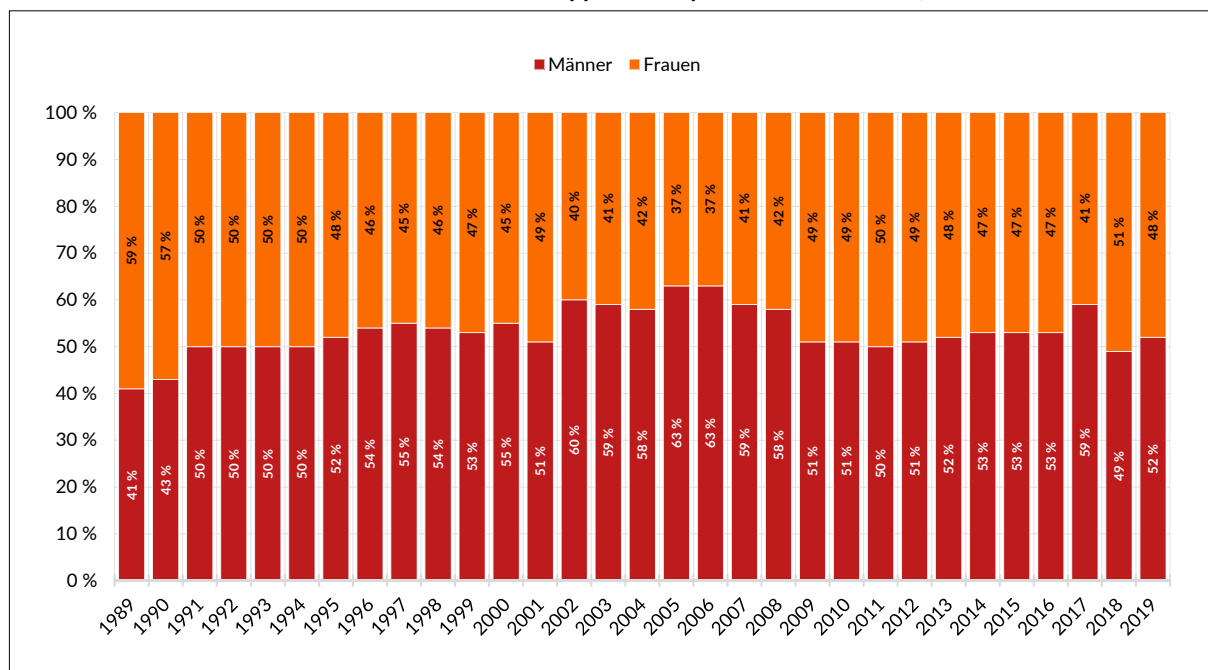
Quelle: <https://stats.oecd.org/index.aspx?queryid=54743>

**Grafik 4: Anteil der Frauen und Männer in der Gruppe der Facharbeiter, 1989–2019**



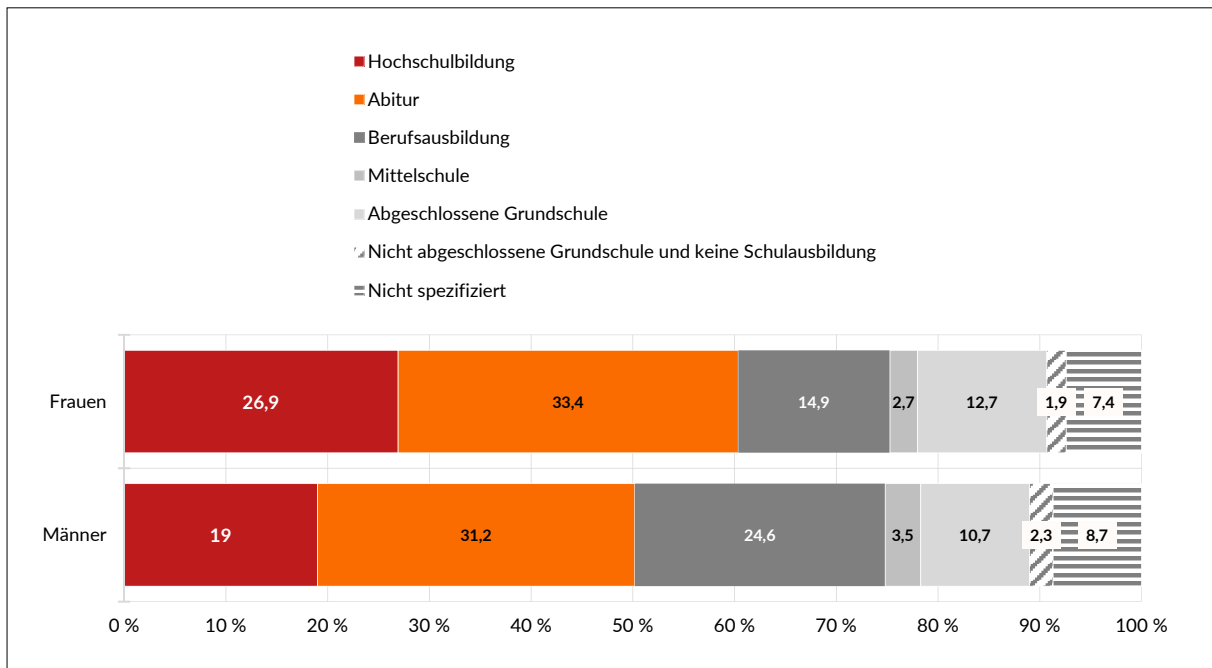
Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 99/2020: Robotnicy wykwalifikowani i niewykwalifikowani w badaniach CBOS w latach 1989–2019 [Facharbeiter und unqualifizierte Arbeiter in den Untersuchungen von CBOS in den Jahren 1989 bis 2019]. Warszawa 08/2020. [www.cbos.pl](http://www.cbos.pl)

**Grafik 5: Anteil der Frauen und Männer in der Gruppe der unqualifizierten Arbeiter, 1989–2019**



Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 99/2020: Robotnicy wykwalifikowani i niewykwalifikowani w badaniach CBOS w latach 1989–2019 [Facharbeiter und unqualifizierte Arbeiter in den Untersuchungen von CBOS in den Jahren 1989 bis 2019]. Warszawa 08/2020. [www.cbos.pl](http://www.cbos.pl)

**Grafik 6: Die Bevölkerung nach Geschlecht und Hochschulbildung 2021\***



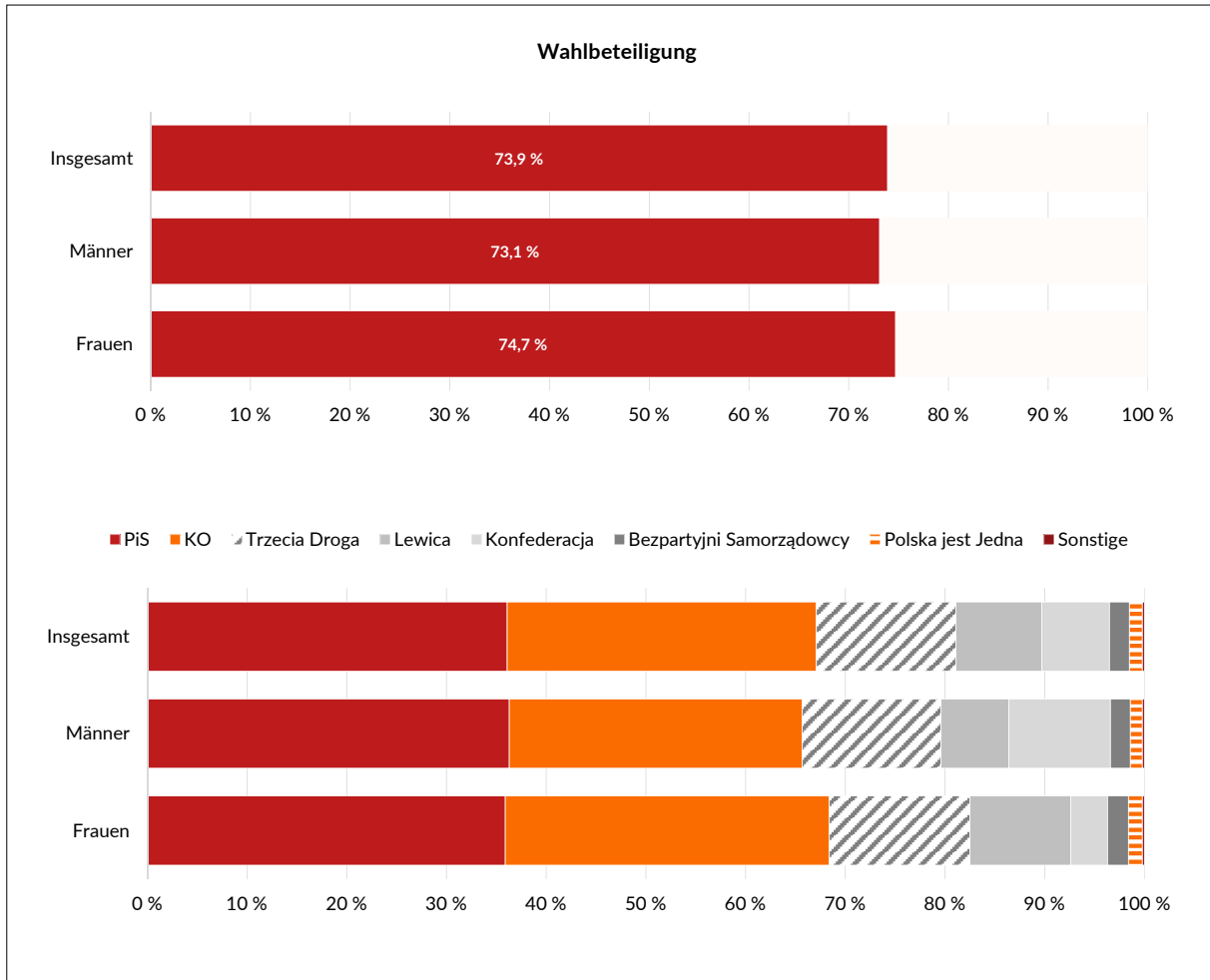
	Männer		Frauen	
	In Tausend	%	In Tausend	%
Insgesamt	15.743,1	100	17.140,4	100
Hochschulbildung	2.994,9	19	4.617,4	26,9
Abitur	4.915,3	31,2	5.729,0	33,4
Berufsausbildung	3.875,5	24,6	2.553,7	14,9
Mittelschule	558,5	3,5	463,1	2,7
Abgeschlossene Grundschule	1.678,1	10,7	2.181,9	12,7
Nicht abgeschlossene Grundschule und keine Schulausbildung	356,9	2,3	332,9	1,9
Nicht spezifiziert	1.363,9	8,7	1.262,3	7,4

\*erfasst wurden Personen im Alter von 13 Jahren und älter

Quelle: Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt]: Narodowy Spis Powszechny Ludności i Mieszkań 2021. Ludność według cech społecznych – wyniki wstępne NSP 2021 [Die Nationale Volks- und Wohnraumzählung 2021. Die Bevölkerung nach sozialen Merkmalen – vorläufige Ergebnisse der Nationalen Zählung 2021]. Warszawa 2023. [www.stat.gov.pl](http://www.stat.gov.pl)

## Frauen und Männer und das Ergebnis der Parlamentswahlen in Polen 2023

Grafik 1: Das Ergebnis der Parlamentswahlen 2023 – Wahlverhalten nach Geschlecht (Nachwahlbefragung, %)

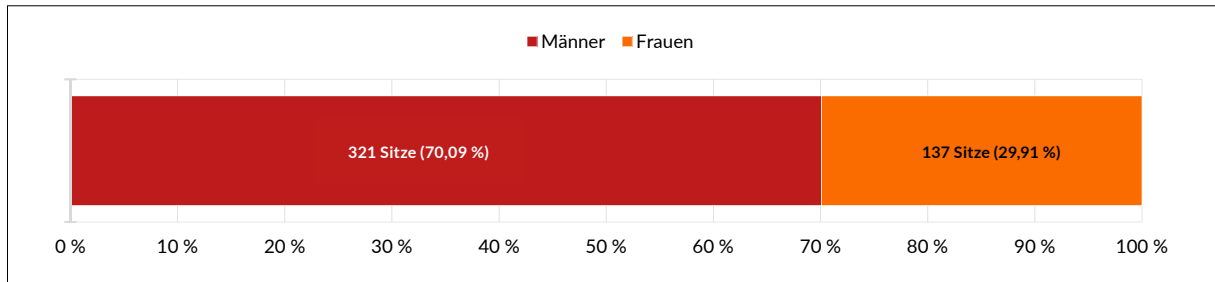


	PiS	KO	Trzecia Droga	Lewica	Konfederacja	Bezparyjni Samorządowcy	Polska jest Jedna	Sonstige
Insgesamt	36,1 %	31,0 %	14,0 %	8,6 %	6,8 %	2,0 %	1,3 %	0,2 %
Männer	36,3 %	29,4 %	13,9 %	6,8 %	10,2 %	2,0 %	1,2 %	0,2 %
Frauen	35,9 %	32,5 %	14,1 %	10,1 %	3,7 %	2,1 %	1,4 %	0,2 %

PiS – Prawo i Sprawiedliwość/Recht und Gerechtigkeit; KO – Koalicja Obywatelska/Bürgerkoalition; Polska 2050/Polen2050; PSL – Polskie Stronnictwo Ludowe/Polnische Bauernpartei; Lewica/Die Linke; Konfederacja/Konföderation; Bezparyjni Samorządowcy – Parteilose Kommunalpolitiker; Polska jest Jedna - Polen ist Eins

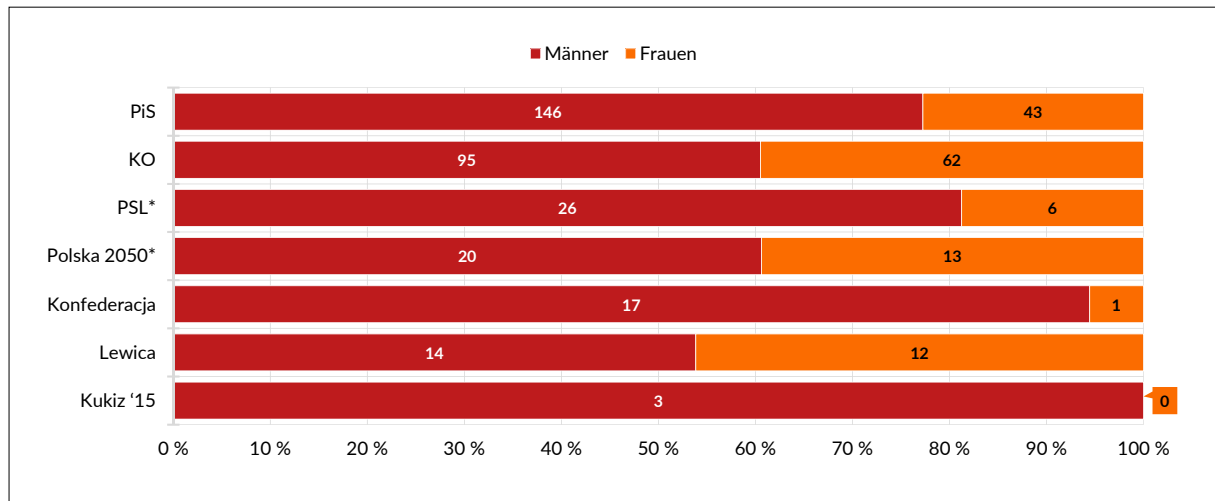
Quelle: Nachwahlbefragung am 16.10.2023. <https://tvn24.pl/wybory-parlamentarne-2023/wyniki-sondazowe>

**Grafik 2: Die Mandatsverteilung im Sejm nach Geschlecht**



Quelle: Sejm Rzeczypospolitej Polskiej. [https://www.sejm.gov.pl/Sejm10.nsf/page.xsp/poslowie\\_obecnie](https://www.sejm.gov.pl/Sejm10.nsf/page.xsp/poslowie_obecnie) (abgerufen am 29.02.2024).

**Grafik 3: Die Mandatsverteilung in den Sejmfraktionen nach Geschlecht**



\*bilden das Bündnis Trzecia Droga/Dritter Weg

PiS – Prawo i Sprawiedliwość/Recht und Gerechtigkeit; KO – Koalicja Obywatelska/Bürgerkoalition; Polska 2050/Polen2050; PSL – Polskie Stronnictwo Ludowe/Polnische Bauernpartei; Lewica/Die Linke; Konfederacja/Konföderation

Quelle: Sejm Rzeczypospolitej Polskiej. [https://www.sejm.gov.pl/Sejm10.nsf/page.xsp/poslowie\\_obecnie](https://www.sejm.gov.pl/Sejm10.nsf/page.xsp/poslowie_obecnie) (abgerufen am 29.02.2024).

## CHRONIK

## 20. Februar – 04. März 2024

20.02.2024	In einem Interview im Sender TVN24 spricht sich Außenminister Radosław Sikorski dafür aus, dass Europa neben den bestehenden nationalen Armeen eigene Streitkräfte berufen solle.
21.02.2024	In mehreren Woiwodschaften blockieren Landwirte Landstraßen, Schnellstraßen und Autobahnauffahrten sowie in Medyka, Korczowa und Hrebenna die Grenzübergänge zur Ukraine. Die Bauern protestieren gegen die Konkurrenz in Form von günstigerem Getreide aus der Ukraine infolge der Öffnung des europäischen Marktes für die von Russland militärisch angegriffene Ukraine. Außerdem richten sie sich gegen die Auswirkungen des von der Europäischen Union beschlossenen Green Deal auf die Landwirtschaft und die Übernahme von heimischen Betrieben durch große Agrarholdings und Konsortien.
21.02.2024	Das Außenministerium zeigt sich in einer Stellungnahme „äußerst beunruhigt“ darüber, dass bei den aktuellen Bauernprotesten antiukrainische Schlagworte und Parolen, die den russischen Präsidenten Wladimir Putin und seinen Angriffskrieg gegen die Ukraine verherrlichen, auftauchen. Nach Einschätzung des Außenministeriums handelt es sich dabei um den Versuch extremer Gruppierungen, den Protest für sich zu vereinnahmen. Diese stünden möglicherweise unter russischem Einfluss.
22.02.2024	Außenminister Radosław Sikorski spricht auf einer Konferenz der Vereinten Nationen (UN) in New York zum Thema humanitäre Minenräumung in der Ukraine. Russland, das Krieg gegen die Ukraine führt, habe ca. ein Drittel des ukrainischen Territoriums vermint, was eine große Gefahr für Zivilisten und humanitäre Hilfsmaßnahmen darstelle sowie auch globale Folgen habe, da der ukrainische Getreideexport betroffen sei. Polen habe Polizisten entsandt, die ca. 2.000 Minen entschärft haben. Sikorski ruft dazu auf, das Minenräumprogramm für landwirtschaftlich genutzte Flächen im Rahmen des Welternährungsprogramms finanziell zu unterstützen. In diesen Tagen jährt sich der Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine zum zweiten Mal.
23.02.2024	In seiner Rede auf der Generalversammlung der Vereinten Nationen (UN) in New York aus Anlass des zweiten Jahrestages des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine fordert Außenminister Radosław Sikorski die Bestrafung der Täter und ruft dazu auf, die Ukraine weiter zu unterstützen, bis Russland begriffen habe, dass die Zeit des europäischen Imperialismus unwiderruflich vorbei sei. Die Welt, die sich auf die Souveränität der Nationen, die Unverletzbarkeit der Grenzen und die Achtung der zivilgesellschaftlichen Freiheiten stützt, müsse wiederhergestellt werden.
23.02.2024	Nach einem Treffen mit Ministerpräsident Donald Tusk und Alexander De Croo, Ministerpräsident von Belgien, das zurzeit den EU-Ratsvorsitz innehat, teilt EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen mit, dass die Kommission der Europäischen Union die Maßnahmen der polnischen Regierung zur Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit in Polen positiv bewertet, und kündigt an, dass 137 Mrd. Euro freigegeben werden, die unter der Regierung von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) wegen Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit eingefroren worden waren.
26.02.2024	Am deutsch-polnischen Grenzübergang Słubice/Frankfurt (Oder) lösen die polnischen Bauern ihre 24-stündige Blockade der A 2 auf. Die Bauernproteste, die zurzeit im ganzen Land stattfinden, richten sich gegen die Bürokratie und Umweltauflagen der europäischen Agrarpolitik sowie gegen die zollfreie Einfuhr ukrainischer landwirtschaftlicher Produkte, was zur Folge hat, dass die polnischen Bauern keine Abnehmer z.B. für ihr teureres Getreide finden.
27.02.2024	In Warschau demonstrieren nach Angaben der Veranstalter ca. 50.000, nach Angaben der Stadtverwaltung ca. 10.000 Bauern gegen den von der Europäischen Union beschlossenen Green Deal und gegen den Import von landwirtschaftlichen Produkten und Lebensmitteln aus Ländern außerhalb der EU. Einer der Auslöser der Bauernproteste, die zurzeit im ganzen Land stattfinden, war die Einfuhr kostengünstigerer ukrainischer Produkte im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine.
27.02.2024	Die Abgeordneten der Oppositionspartei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) Mariusz Błaszczak (Fraktionsvorsitzender), Paweł Jabłoński und Waldemar Buda führen eine sog. Abgeordnetenkontrolle im Landwirtschaftsministerium durch. Błaszczak sagt im Vorfeld, es solle überprüft werden, ob das Ministerium Gespräche mit der ukrainischen Seite über eine Lösung der Krise führe, die sich daraus ergeben habe, dass infolge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine landwirtschaftliche Produkte aus der Ukraine zu Ungunsten der polnischen Landwirte nach Polen importiert werden. Błaszczak vermutet, dass die Gespräche zwischen Polen und der Ukraine nicht voranschreiten, und kritisiert, dass die Möglichkeit nicht ergriffen werde, mit einer Verordnung den Zufluss ukrainischer landwirtschaftlicher Produkte und Lebensmittel zu unterbinden. Im Landwirtschaftsministerium herrschen ein strategisches Durcheinander sowie ein Informationschaos, so Błaszczak.



28.02.2024	Landwirtschaftsminister Czesław Siekierski veröffentlicht eine Stellungnahme zur sog. Abgeordnetenkontrolle, die die Abgeordneten der Oppositionspartei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) Mariusz Błaszczak (Fraktionsvorsitzender), Paweł Jabłoński und Waldemar Buda am Vortag im Ministerium durchgeführt haben. Ihr mehrstündiger Aufenthalt dort habe nicht zufällig am Tag der Bauernproteste in Warschau stattgefunden, zeigt sich Siekierski überzeugt. Die Darstellung der drei PiS-Abgeordneten in den Medien, es hätten im Ministerium Panik und Chaos geherrscht, sei falsch. Vielmehr seien ihnen Informationen vonseiten der Ressortmitarbeiter zur Verfügung gestellt worden. Siekierski zeigt sich befremdet über das Verhalten der drei Oppositionspolitiker, die ohne Einwilligung Beamte des Ministeriums gefilmt und Büroschranke geöffnet hätten. Er teilt mit, zum jetzigen Zeitpunkt sollen noch keine Details über den Stand der laufenden polnisch-ukrainischen Verhandlungen bekannt gegeben werden, die sich mit dem Import ukrainischer landwirtschaftlicher Produkte und Lebensmittel auf den polnischen Markt befassen. Der Import dieser günstigeren Produkte infolge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine führt zu Verlusten bei den polnischen Landwirten und ruft seit längerer Zeit ihre Proteste hervor.
29.02.2024	Die Europäische Kommission genehmigt formell die Freigabe von 137 Mrd. Euro für Polen, die unter der Vorgängerregierung von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) seit 2021 wegen Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit eingefroren worden waren. Die neue Regierung Polens habe geforderte Reformen eingeleitet und wichtige Meilensteine zur Unabhängigkeit der Justiz zufriedenstellend erfüllt. 76,5 Milliarden Euro kommen aus dem EU-Kohäsionshaushalt, mit dem der Lebensstandard der Mitgliedstaaten angeglichen werden soll, rund 60 Mrd. Euro sind Corona-Hilfen der EU (34,5 Milliarden Euro in Form von Darlehen und 25,3 Milliarden in Form von Zuschüssen). Der Freigabe der Corona-Hilfen müssen die EU-Mitgliedsstaaten noch zustimmen.
01.03.2024	Landwirtschaftsminister Czesław Siekierski empfängt Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir. Themen des Treffens sind die Bauernproteste gegen die EU-Agrarpolitik und den europäischen Green Deal, die zurzeit in Polen und Deutschland sowie anderen EU-Ländern stattfinden, die EU-Kandidatur der Ukraine und die deutsch-polnische Zusammenarbeit im Bereich der Landwirtschaft.
04.03.2024	Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz und sein schwedischer Amtskollege Pal Jonson geben in Gdingen (Gdynia) die Unterzeichnung eines Rüstungsvertrags bekannt. Schweden soll Polen Panzerabwehr-Granatwerfer liefern. Die Vertragssumme beläuft sich auf ca. 6,5 Mrd. Zloty (ca. 1,5 Mrd. Euro).

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

## ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter [www.laender-analysen.de/polen](http://www.laender-analysen.de/polen)

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf [bpb.de](http://bpb.de)



### Deutsches Polen-Institut Darmstadt ([www.deutsches-polen-institut.de](http://www.deutsches-polen-institut.de))

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

### Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen ([www.forschungsstelle.uni-bremen.de](http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de))

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

#### Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

#### Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Dr. Silke Plate (Bremen)  
Satz: Matthias Neumann

#### Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz  
Dr. Agnieszka Łada-Konefał, Deutsches Polen-Institut, Darmstadt  
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.  
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

ISSN 1863-9712 © 2024 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss 1, 64283 Darmstadt,  
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: [kaluza@dpi-da.de](mailto:kaluza@dpi-da.de), Internet: [www.laender-analysen.de/polen](http://www.laender-analysen.de/polen)



## LÄNDER-ANALYSEN



## Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

### **Belarus-Analysen**

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

### **Caucasus Analytical Digest**

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

### **Polen-Analysen**

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

### **Russland-Analysen**

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

### **Russian Analytical Digest**

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

### **Ukraine-Analysen**

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

### **Ukrainian Analytical Digest**

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/uad.html>

### **Zentralasien-Analysen**

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>